

Fachabteilung 02 - Kreisrechnungsprüfungsamt - Datenschutzbeauftragter - Informationssicherheit**1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit****Wahrung von Betroffenenrechten****2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen**

Landratsamt Fürth
Landrat Matthias Dießl
Im Pinderpark 2
90513 Zirndorf
Tel.: 0911 / 9773-1001
Fax: 0911 / 9773-1012
E-Mail: landrat@lra-fue.bayern.de

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Fürth
Datenschutzbeauftragter
Herr Hirn
Im Pinderpark 2
90513 Zirndorf
Tel.: 0911/9773-1024
Fax: 0911/9773-1025
E-Mail: datenschutz@lra-fue.bayern.de

4. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung**4a) Zweck der Verarbeitung**

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten, soweit dies zur Wahrung Ihrer Betroffenenrechte im Rahmen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) erforderlich ist. Dokumentation der Einhaltung

4b) Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Art. 15 -18 DSGVO i.V.m. Art. 6 Abs. 1 DSGVO, Art. 4 Abs. 1 Bayerisches Datenschutzgesetzes

5. Betroffene Personen und Empfänger**5a) Betroffene Personen (Kategorien)**

Beschäftigte, Bürger/Bürgerinnen, Lieferanten, Interessenten, Bewerber

5b) Empfänger der Daten

Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen des Landratsamtes

6. Übermittlung von Daten**6a) Die Daten werden an folgende Stellen zur Weiterverarbeitung weitergeleitet:**

Im Einzelfall an die Aufsichtsbehörde, den Bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz.

6b) Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland (Wenn ja Land und Rechtsgrundlagen)

Es erfolgt keine Übermittlung von personenbezogenen Daten in ein Drittland

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten (Bitte Rechtsgrundlagen angeben)

3 Jahre. Die Frist ergibt sich aus § 31 Abs. 2 Nr. 1 Ordnungswidrigkeitengesetz unter Verweis auf § 41 Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz, wiederum mit Verweis auf Art. 83 Abs. 5 lit. B DSGVO.

8. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu: Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz (Schreiben: Postfach 2212 19, 80502 München, Anrufen: 089 212672-0, Faxen: 089 212672-50, Mailen: poststelle@datenschutz-bayern.de).

9. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn Sie in die Verarbeitung Ihrer Daten durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

10. Pflicht zur Bereitstellung der Daten durch den Betroffenen

Soweit Sie verpflichtet sind, personenbezogene Daten anzugeben, ergibt sich diese Verpflichtung aus den unter Ziffer 4 genannten Rechtsgrundlagen. Wir benötigen Ihre Daten, um im Zusammenhang mit Ihren Betroffenenrechten die vom Gesetzgeber zugewiesenen Aufgaben erfüllen und Verfahren durchführen zu können. Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, müssen wir prüfen, ob Ihre Anfrage, Ihr Antrag, Ihre Anzeige bearbeitet werden kann oder wegen mangelnder Mitwirkung abgelehnt bzw. zurückgewiesen werden muss.

11. Löschfristen

3 Jahre. Die Frist ergibt sich aus § 31 Abs. 2 Nr. 1 Ordnungswidrigkeitengesetz unter Verweis auf § 41 Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz, wiederum mit Verweis auf Art. 83 Abs. 5 lit. b DSGVO.